

# «Demokratiekrise» als Chance



MICHAEL VON PROLLIUS\* • November 2016

**D**ie westliche Demokratie steckt in der Krise und funktioniert doch noch recht ordentlich. Das eigentliche Problem ist Staatsversagen. Denn der aufgeblähte Staat ist in schlechter Verfassung. Die politischen Gemeinwesen gehören vom Kopf auf die Füße gestellt. Wer die überkommenen zentralistischen, durch Regierende und Experten geprägten Ordnungen als alternativlos ansieht, kann die Krise nicht als Chance begreifen.

«Krisen» gehören (inzwischen) zum Alltag: Weltwirtschafts- und Finanzkrise, Euro-Krise, Arabischer Frühling, Krise der EU, Klimakrise, Flüchtlingskrise und Demokratiekrise. All das und noch viel mehr Veränderungen in einem Jahrzehnt. Wir leben in bewegten Zeiten.

Krise bedeutet Abweichung vom Normalzustand. Krisen sind Prozesse. Krisen werden konstruiert. Um sie zu konstruieren und analysieren zu können, braucht es in Anlehnung an den Soziologen Gerhard Schulze dreierlei: eine Theorie des Normalen, ein Diagnosemodell und Kausalität. Wer eine Rückkehr zur Normalität fordert, der muss begründen, warum sie wiederhergestellt werden soll. Die zuletzt von Noam Chomsky diagnostizierte «tiefe Krise der Demokratie» lässt sich in drei Schritten analysieren. Im Anschluss folgt ein Reformvorschlag.

Der Normalzustand ist die Veränderung der politischen Landschaft und die Herausforderung der Institutionen, ohne die Ordnung in Frage zu stellen. In einer Demokratie geht, so die Idee, die Macht vom Volk aus, direkt oder repräsentativ. Unter Demokratie werden zudem landläufig der Rechtsstaat subsumiert, der nicht zuletzt der Kontrolle der Machtausübenden dient, und eine offene Gesellschaft. Politisches Merkmal der Demokratie ist der friedliche Wechsel der Regierung durch Wahlen. Zumindest in Europa gehört ein ritualisierter Konsens – statt organisierter Skepsis – zum Normalzustand: die öffentliche oder aber veröffentlichte

---

\* Der Autor, Dr. phil., ist assoziierter Forscher am Liberalen Institut.

Meinung. Zu den politischen Veränderungen zählen das Aufkommen neuer Parteien und politischen Führungspersonals sowie der Wechsel von politischen Generationen mit ihren Ideologien.

Ralf Dahrendorf hat bereits vor über 10 Jahren in dem gleichermassen anregenden wie klugen Gespräch mit Antonio Polito «Die Krisen der Demokratie» aktuelle Defizite und Trends analysiert. Der britische Lord sah Kontrolle und Legitimität der Demokratie erodieren, weil die Nationalstaaten erodieren und mit ihnen der existenzielle Bedingungsraum der Parlamente. Der Kontroll- und Transparenzverlust werde begleitet von wachsendem Autoritarismus.

Ein Diagnosemodell der Demokratiekrise analysiert zumindest zwei Entwicklungen: Erstens den Zustand des politischen Parteiensystems und zweitens das Verhältnis von Bürgern und Staat. Nach Anthony Downs, dem einflussreichen amerikanischen Politikwissenschaftler und Ökonomen («Ökonomische Theorie der Demokratie»), entsteht in Mehrparteiensystemen eine Konkurrenz um die Wähler in der Mitte. Infolge dieses zentripetalen Wettbewerbs werden besonders beim Verhältniswahlrecht die Parteien immer ähnlicher. Sie kopieren ihre Erfolgsrezepte und werden ununterscheidbar. Anschliessend befassen sie sich mit Sozialutopien, die für normale Bürger abwegig sind, etwa Genderismus, Zentralismus und Ökologismus.

Es kann nicht oft genug hervorgehoben werden, dass die Public Choice Theorie seit über 50 Jahren den Egoismus und das Karrierestreben von Politikern und Bürokraten sowie das Wählerverhalten untersucht. Das Gemeinwohl ist stets das Wohl der eigenen Gruppe. Durch Stimmenkauf werden wechselnde Partikularinteressen bedient. Die sich ausdehnende Bürokratie schiebt sich zwischen Regierung und Bürger. Die Theorie der öffentlichen Wahlhandlungen legt die Entfremdung zwischen Politik und Bürgern offen; sie ist im Kern eine Theorie des Staatsversagens.

Zum Verhältnis Bürger und Staat hat der belgische Publizist David Van Reybrouck etwas Ketzerisches zu sagen: «Wahlen sind heutzutage primitiv. Eine Demokratie, die sich darauf reduziert, ist dem Tode geweiht.» Van Reybrouck tritt der heute geradezu alternativlosen Überzeugung entgegen, der Urnengang sei die einzige Möglichkeit der Repräsentation. Seine weitreichende These lautet, nicht Demokratie, sondern eine gewählte Aristokratie sei an die Stelle der erbli-

chen Aristokratie getreten. Fortan habe man stets für mehr Wahlrecht, nicht aber für mehr Demokratie gekämpft. Gegen die «Diktatur der Wahlen» setzt er ergänzend das Losverfahren wie es in der antiken Demokratie erstmals praktiziert und später insbesondere in den italienischen Republiken fortentwickelt wurde.

Weitreichende Einsichten in die Veränderung des Parteiensystems und des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat bietet eine hellsichtige Analyse von Martin Gurri. Der frühere Analyst und Manager im Open Source Center der amerikanischen Nachrichtendienste hat in *Revolt of the Public* aufgezeigt, in welchem Ausmass die etablierten Hierarchien und Institutionen im 21. Jahrhundert von Netzwerken herausgefordert werden. In seiner faktenreichen Analyse des «Arabischen Frühlings» und der Bürgerproteste in anderen Teilen der Welt zeigt Gurri, warum Medien und Politik fundamentalen Veränderungen ausgesetzt sind: 1. Die Bürger finden über (soziale) Netzwerke rasch Gleichgesonnene. 2. Werden aus Zuhörern und Zuschauern nun politisch aktive Menschen, die sich ohne Führung spontan organisieren können. 3. Das Establishment verliert sein Informationsmonopol und Vertrauen. Treffenderweise trägt das Buch den Untertitel *And the Crisis of Authority in the New Millenium*.

Kausalität: Das Diagnosemodell kann Klarheit in die Gemengelage von Populismus, Wutbürgern und Lügenpresse, erstarkenden rechten Parteien in Europa sowie dem Trend zu Petitionen und Volksabstimmungen bringen. Ein erheblicher Teil der Wähler fühlt sich vom parteipolitischen Establishment nicht mehr repräsentiert. Der massenhafte Wählerschwund bei den (ehemaligen) Volksparteien ist ein Symptom. Von Donald Trump erwarten Amerikaner einer frühen Befragung von Wählern zufolge die Wiederherstellung des amerikanischen Traums, d.h. gutes Geld für harte Arbeit, und ein Ende des paternalistischen Moralismus. Bis zu 80 Prozent der Deutschen lehnen die Flüchtlingspolitik der Regierung ab, und für die weitüberwiegende Mehrheit dürfte der Islam nicht zu Deutschland gehören. Der Brexit ist in einer Wahlentscheidung zum Ausdruck gekommener Volkswille. Viele Bürger in Europa wollen keine abgehobenen Funktionäre und schon gar nicht eine als sozial gerecht deklarierte Politik, die tatsächlich die unteren Schichten schlechter stellt. Die Kluft zwischen zunehmend als Apparatschicks wahrgenommenen – und auch so agierenden – Politikern im Bund mit ihren staatlichen Leitmedien einerseits und nicht repräsentierten Bürgern andererseits ist kein Anzeichen für Ignoranz und Dummheit. Vielmehr entspricht die Ideo-

logie der Herrschenden nicht mehr der Weltsicht vieler Bürger. Der Versuch der Politiker und Meinungsmacher, die Realität ihrer Weltanschauung anzupassen, führt zwangsläufig zu Verwerfungen, ob beim Genderismus, Ökologismus oder Zentralismus.

Krisen bergen ein Risiko. Der Staat liegt heute fast vollständig ausserhalb der Kontrolle der Bürger. Die Stimmabgabe ist keine Kontrolle. Der Staat darf niemals Selbstzweck sein. Politik kann nur Legitimität beanspruchen, wenn sie den Bürgerinteressen dient. Politik muss allgemeingültig und langfristig ausgerichtet sein. Sonst herrscht die privilegierte Mehrheit über die Minderheit, das Recht des Stärkeren tritt an die Stelle der Stärke des Rechts. Ein Legitimitätsverlust etablierter Institutionen kann sich zur Systemaversion steigern. Die Beharrungskräfte von Amtsinhabern und Meinungsrechthabern können gefährlich sein. Das Problem der Netzwerke besteht wiederum darin, dass sie bislang nur zersetzen, aber nichts tragfähiges Neues schaffen.

Der Westen scheint in einem Zwischenstadium zu stecken, jenseits der alten, aber noch nicht in der neuen Welt. Die Demokratiekrise überdeckt die Staatskrise. Ein romantischer Mythos vom Mehrheitswillen dominiert, während sich das Meinungsspektrum dramatisch auffächert, obwohl es schon immer existierte. Die Revolution der Informationsübermittlung und der Inhalte bedeutet das Ende der Elitenkontrolle der Öffentlichkeit. Die Zeit einer öffentlichen Meinung ist vorbei.

Krisen bieten eine Chance zum Besseren. Sobald die ungeliebten Politiker und Parteien abgewählt werden, funktioniert die Demokratie. Wenn sich etablierte Medieninstitutionen dem Wettbewerb stellen müssen, funktioniert die Marktwirtschaft. Leider setzen sich im politischen Wettbewerb nicht die Besten durch. Auch deshalb ist die Begrenzung politischer und staatlicher Macht so wichtig wie lange nicht.

Die Lehre der Freiheit bietet seit 200 Jahren Denkanstösse für die Welt von morgen. Der Staat, der seine hoheitlichen Aufgaben erfüllt und die Kooperation der Bürger mehrt, ist eine grossartige Alternative angesichts wachsender politischer Unzufriedenheit und staatlicher Überforderung weltweit. Small is beautiful! Subsidiarität, besser Dezentralismus oder Non-Zentralismus, stellt die Einheit von Handeln und Verantwortung auf der richtigen Ebene sicher. Vielfalt braucht

Entfaltungsmöglichkeiten – sie standardisierten, detaillierten Regulierungen zu unterwerfen ist Ausdruck von Einfalt. Politischer und rechtlicher Wettbewerb zwischen Staaten, Ländern, Kantonen und Gemeinden ist ein zeitloses Entmachtungs- und Entdeckungsverfahren. Weniger (Politik wagen) ist mehr (Privatautonomie). Die Antwort auf die Krise der Demokratie lautet: mehr Demos, weniger Kratos.



LIBERALES INSTITUT

## Impressum

Liberales Institut  
Rennweg 42  
8001 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
Fax: +41 (0)44 364 16 69  
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter [www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

## Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2016, Liberales Institut.